

02.04.2017 – PM 29/2017

Zahl der Pendler auf Rekordhoch

IG BAU fordert mehr bezahlbare Wohnungen in Metropolen

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert angesichts der stark gestiegenen Pendlerzahlen ein Umdenken in der Wohnungsbaupolitik. „Menschen und Umwelt leiden unter einer lange sträflich vernachlässigten Wohnungsbaupolitik. Die Quittung erhalten wir jeden Morgen und jeden Abend auf den Straßen. Bald geht in den Stoßzeiten nichts mehr“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers anlässlich der heute (für die Red.: 2. April 2017) vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) vorgelegten Pendlerzahlen. „Es war ein Fehler, die Wohnungen der öffentlichen Hand zu privatisieren und es war genauso verkehrt, die Wohnungsfrage viel zu lange dem Markt zu überlassen. Die Pendlerzahlen belegen: Jetzt ist es höchste Zeit umzusteuern. Wir brauchen eine Politik mit dem Ziel, bezahlbares Wohnen auch in Metropolen und Ballungsräumen zu ermöglichen. Die öffentliche Hand muss deshalb zurück zur Objektförderung für bezahlbaren Wohnraum. Nur so kann sie ihre Steuerungswirkung auf Mietpreise und deren Entwicklung wahrnehmen.“

Laut Zahlen des BBSR pendelten 2016 bundesweit 60 Prozent der Beschäftigten zu ihrer Arbeit an einen anderen Ort. Im Jahr 2000 waren es erst 53 Prozent. Auffällig ist, in Städten mit sehr hohen Mieten wie München oder Frankfurt/Main müssen besonders viele Menschen zum Job pendeln.

„Es ist doch klar, dass die Pendlerzahlen steigen, wenn selbst Normalverdiener wegen hoher Mieten aus den Städten wegziehen müssen. Pendeln verursacht nicht nur gesundheitsschädlichen Stress bei den Betroffenen. Es belastet auch die Umwelt. Was nützen Arbeitszeitverkürzungen oder Flexibilisierungen, wenn sie durch überlange Fahrzeiten wieder aufgebraucht werden“, sagte Schäfers. „Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel Wien. Dort leben 62 Prozent der Einwohner in geförderten Wohnungen.“